

Newsletter Ralph Lenkert / 3/ 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

in meinem heutigen Report schreibe ich zu Erlebnissen und Ereignissen in zwei großen Städten. Zusammenfassend sage ich, unsere Demokratie funktioniert noch, aber wir Bürger müssen sie vor rechten Extremisten, vor dem Staat und unehrlichen Politikern schützen.

Hamburg

Am 17. und 18. Februar unterstützte ich mit mehreren Genossen aus Gera, Jena und dem Saale-Holzland-Kreis die Hamburger Linke im Wahlkampf.

Als in der ersten Sitzungswoche die Umfragewerte für DIE LINKE. im Bund und in Hamburg absackten waren auch die Hamburger Linken ziemlich geknickt. Da hatten sie fast vier Jahre einen „guten Job“ gemacht und jetzt riss sie die Bundespartei ins Tief und ein Scheitern an der 5%-Hürde schien denkbar.

Deprimiert kann man nicht überzeugen, also entschloss ich mich, mit mindestens 5 weiteren Helfern zum Wahlkampf nach Hamburg zu fahren. Schon diese Zusage baute die Hamburger Linken etwas auf.

Ich war dann aber völlig überrascht von unserem Einsatz am Jungfernstieg und in Wohngebieten. Es gab fast keine verbalen Attacken und persönlichen Angriffe. Diese hanseatische Offenheit war angenehm. Wir hatten Spaß beim Verteilen, auch wenn es einfach nur k a l t war. Ich fühlte mich wohl in dieser demokratischen Stadt.

Das Wahlergebnis war bereits vorab zu spüren. Die Hamburger, mit denen ich ins Gespräch kam, wollten mehr Entscheidungsbefugnisse in ihrer Stadt bekommen und mehr soziale Gerechtigkeit. Die 6,4% für DIE LINKE. waren in Ordnung, aber im Geheimen hatte ich auf mehr gehofft.

Dresden, 19. Februar – ich kam mir vor wie im Ausnahmezustand

Es ist schwer, in der Bundesrepublik gleichzeitig Demokrat, Antifaschist und Freund der Polizei zu sein. Am Himmel kreisten bis zu 8 Hubschrauber gleichzeitig - aber nur bis es zu Ausschreitungen kam, dann nicht mehr. Wollte jemand die Stimmung aufheizen?

Die Polizei verweigerte unserem Buskonvoi die Einfahrt nach Dresden, obwohl es genehmigte Mahnwachen gab – laut Gesetz muss der Zugang zu Kundgebungen gewährt werden – aber eben nicht mit Bus, also liefen wir die 9 km ins Zentrum. Als unser 3000 bis

4000 Menschen umfassender Zug die Kreuzung Strehleener Straße / Franklinstraße erreichte, setzte die Polizei ohne Vorwarnung rücksichtslos Tränengas ein – ein klarer Gesetzesverstoß! Aber da unsere Polizisten ja nicht gekennzeichnet sind, kann man keine persönliche Schuld nachweisen. Dieser Einsatz und ähnliche Einsätze der Polizei waren dann für echte Krawallbrüder der erhoffte Anlass, um Barrikaden zu bauen, anzuzünden und ebenfalls Gewalt zu zelebrieren. Die Disziplin unseres Zuges war für mich beeindruckend. Weder von den in 100-200 m Entfernung brennenden Mülltonnen, noch von mehrfachen, rüden Attacken der Polizei (unter Einsatz von Tränengas), dem Auffahren von Wasserwerfern ließen sich die Demonstranten beeindrucken oder zu Gewalt verleiten. Friedlich sitzend blockierte der Zug die Kreuzung – als eine mögliche Marschroute der Nazis. Der Jenaer Oberbürgermeister, ich und weitere Abgeordnete versuchten die Polizei von deren Gewaltbereitschaft abzubringen, was angesichts der offensichtlichen Friedfertigkeit dieser Blockade dann auch gelang.

Ich habe die Straßenschlacht 500 m von uns entfernt nicht gesehen, nur die Folgen - aber die „Antifaschisten“, die dort die Polizei attackiert haben, oder sich durch die Polizei provozieren ließen, waren schuld, dass für viele Teilnehmer der Anti-Nazi-Proteste und auch für mich ein fauler Geschmack bleibt, trotz des Erfolges. Die Straße sah aus, wie nach einem Bürgerkrieg. Diese vielleicht 500 Unbelehrbaren (von 20.000) haben die Bilder im Fernsehen geliefert, die rechte Kräfte wollen, damit der Widerstand gegen Nazis kriminalisiert werden kann.

Ich bleibe dabei: Gewalt ist keine Lösung! Ich verurteile die Brandstifter und Steinewerfer und die prügelnden „Gesetzhüter“. Im Bundestag werde ich für eine Kennzeichnungspflicht von Polizisten kämpfen. Dann hört auch der Allgemeinverdacht für Polizisten auf, weil es dann gelingt, die „Schläger“ unter den Beamten raus zu filtern, die jeden gesetzestreuen Beamten mit in Verruf bringen.

Auch die Staatsanwaltschaft müsste sich fragen, ob sie mit der Durchsuchung des Pressezentrum der Protestierung, von Fraktionsräumen und Anwaltskanzleien noch auf dem Boden des Grundgesetzes agiert oder Methoden einer Diktatur verwendet. So wird das Vertrauen in die Demokratie zerstört.

Es wäre der Job der Justiz, die NPD zu verbieten, da diese die Demokratie und die Menschlichkeit zerstören will. Dann braucht auch kein Polizist mehr Nazis zu schützen und kein Demokrat und kein Menschenrechtler muss mehr blockieren.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche.

Ralph Lenkert